

# GEWERKSCHAFT und WISSENSCHAFT

Hochschulpolitik mit der GEW

Umstellung der  
Lehramtsstudiengänge:  
Landesregierung muss  
Zeichen setzen!

In Münster ist „Bologna“  
angekommen – Korrekturen  
dringend notwendig

ForscherInnenmangel –  
dennoch auf Immer Nachwuchs?

Rent a Student

1/2010



## Landtagswahl NRW

Parteiprogramme auf dem Prüfstand

## Die GEW fragt ...

Hochschulfreiheitsgesetz, Hochschulräte, Studiengebühren und Elite-Stipendien, Studienreform mit Bachelor und Master, Abbau von Mitbestimmung und top-down-Management, „unternehmerische Hochschule“, Exzellenz, Autonomie und Privatisierung – nur wenige Stichworte, die den Umbau der Hochschullandschaft NRW von 2005 bis 2010 unter dem Signum „Privat vor Staat“ markieren. Noch vor Jahresfrist fest im politischen Sattel, steht – jüngsten

Die Fachgruppe Hochschule und Forschung der GEW NRW hat den Parteien in NRW: CDU, FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und LINKE.NRW „Wahlprüfsteine“ vorgelegt. Die nachstehende Synopse ist eine Kurzfassung aus den gegebenen Stellungnahmen. Die kompletten Fassungen sind auf der GEW-Hochschulseite unter: [www.gew-nrw.de](http://www.gew-nrw.de) (Hochschulpolitik) nachzulesen; für GEW-Mitglieder auch unter den Webcodes: CDU: 229567, FDP: 229573, SPD: 229564, Grüne: 229568, Linke: 229569.

### CDU



**Dr. Michael Brinkmeier**  
Fraktionssprecher für den Arbeitskreis Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

### FDP



**Dr. Ute Dreckmann,**  
Sprecherin des Ausschusses für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

**1. Das Hochschulfreiheitsgesetz (HFG) sollte den Hochschulen mehr Selbstständigkeit verschaffen. Wie bewerten Sie diese Strukturveränderung?**

Das von uns eingeführte Hochschulfreiheitsgesetz (HFG) gibt den Hochschulen die Chance, ihre demokratischen Strukturen für qualitativ sehr gute Lehre und hochwertige Forschung zu nutzen.

Die FDP hält die Aufsichtsfunktion des Ministeriums, die als allgemeine Rechtsaufsicht ausgestaltet ist, für ausreichend. (...)

**2. Wie sieht die zukünftige Hochschul- und Studienfinanzierung aus:**

- Sicherstellung des erforderlichen Mittelzuwachses;
- Wiederabschaffung der Studiengebühren;
- angemessene Verteilung der Kapazitäten zwischen Universitäten und Fachhochschulen;
- strategischer Stellenwert von privaten im Vergleich zu staatlichen Hochschulen?

a) Hochschulpakt und Hochschulmodernisierungsprogramm sind durch die Landesregierung beschlossen. Sie bringen den Hochschulen nicht nur mehr Geld, sondern geben ihnen gleichzeitig eine Planungssicherheit.

b) Die Hochschulen profitieren deutlich (...) von Studienbeiträgen und die dadurch erlangte zusätzliche finanzielle Ausstattung. (...) Die gesetzliche Gestaltung ist in NRW sozialverträglich.

c) Wir streben einen Ausbau der FH-Kapazitäten an. Dabei gilt (...) für das Verhältnis zwischen Universitäten und Fachhochschulen: „Gleichwertig, aber andersartig“. (...) Bewusster Ausbau und Gründung von vier neuen Fachhochschulen.

d) Wir halten unabhängig von der Thematik des doppelten Abiturjahrgangs die privaten Hochschulen für eine wichtige ergänzende Säule im Bildungssystem neben den öffentlichen Hochschulen.

a) Unter der Regierungsbeteiligung der FDP haben die nordrhein-westfälischen Hochschulen erstmals eine verlässliche Finanzausstattung erhalten. NRW stellt (damit) die finanzielle Sicherheit und ein Höchstmaß an Freiheit und Eigenverantwortung für die Hochschulen sicher. (...)

b) Die FDP wird an den Studienbeiträgen in der derzeitigen Regelung festhalten. Jede Hochschule soll frei entscheiden können, ob und in welcher Höhe sie Studienbeiträge erhebt. (...)

c) Fachhochschulen und Universitäten sind (...) gleichwertig, aber andersartig. Auftrag der FHN ist (...) klare Berufsorientierung und größtmögliche Praxisnähe. Unis sorgen verstärkt für den wissenschaftlichen Nachwuchs (...). Kapazitätsabgleich (bei) veränderter Nachfrage. (...)

d) Die FDP NRW sieht in den nichtstaatlichen Hochschulen eine Bereicherung und Ergänzung des Hochschulspektrums in NRW. (...) Private Hochschulen sind (...) ein fester Bestandteil des Wettbewerbs im tertiären Bildungsbereich.

## ... die Parteien antworten

Meinungsumfragen zufolge – „Schwarz-Gelb“ in NRW zur Disposition, Innovationsminister Pinkwart (FDP) wäre seinen Job los. Was bringt der 9. Mai? Die Frage ist für die GEW Anlass, politische Bilanz zu ziehen und die Perspektiven der Hochschulpolitik in NRW zu beleuchten. Wir haben die Parteien gefragt: Wie lauten die politischen Alternativen?

### SPD



Karl Schultheis  
wissenschaftspolitischer  
Sprecher der  
SPD-Landtagsfraktion

Für uns ist die demokratische Selbstverwaltung Ausdruck der Wissenschaftsfreiheit. Wir werden die demokratische Selbstverwaltung der Hochschulen wieder herstellen.

a) Wir bekennen uns zu den Zielen des Bildungsgipfels, bis 2015 gesamtstaatlich zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildungs- und Forschungsausgaben aufzuwenden.

b) Wir (...) werden die Studiengebühren abschaffen. (...) Mittel aus Studiengebühren nach deren Abschaffung sollen den Hochschulen weiter aus dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt werden.

c) Wir wollen die Fachhochschulen stärken und unterstützen (deren) Ausweitung des Fächerspektrums. Ein Ausbau von Kapazitäten steht damit in direktem Zusammenhang.

d) Öffentlich finanzierte Hochschulen haben für uns Vorrang, um eine fachlich gute und auch regional ausgewogene Ausbildung aller Studierwilligen zu gewährleisten.

### BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN



Dr. Ruth Seidel  
wissenschaftspolitische  
Sprecherin der  
Grünen-Landtagsfraktion

Wir streben eine Novellierung des Hochschulgesetzes zur Stärkung von Demokratie und Mitbestimmung an.

a) Bildung hat für uns Priorität. Deshalb (liegt) im Landeshaushalt in diesem Bereich ein (...) deutlicher Schwerpunkt. Mittelfristig streben wir zur Finanzierung die Umwidmung eines Teils des „Solidaritätszuschlags“ zu einem „Bildungssoli“ an.

b) (Wir sind) für die vollständige Abschaffung der Studiengebühren. Wichtig ist (...), dass wir (...) für einen Ausgleich der entstehenden Mindereinnahmen der Hochschulen sorgen werden. Eine Rückkehr zu Studienkonten oder ähnliches kommt für uns nicht in Frage.

c) Unis und FHn sind (...) gleichwertige und gleichrangige Bildungseinrichtungen mit unterschiedlichen Profilen. Eine Verlagerung von Kapazitäten von den Universitäten zu den Fachhochschulen darf deshalb nicht (...) als Sparmaßnahme zur Schaffung von „Billigstudienplätzen“ betrieben werden.

d) Es müssen (...) hinreichend gut ausgestattete Studienplätze an staatlichen Universitäten und Fachhochschulen zur Verfügung stehen. Private Hochschulen können dieses Angebot dann nur ergänzen.

### DIE LINKE.NRW



Özlem Demirel  
Landesarbeitskreis Schulpolitik und jugendpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE

Die Autonomie der Hochschulen in NRW ist zurückzunehmen und die Hochschulen (sind) in staatliche Verantwortung zurückzuführen. Hochschulen (sind) keine Unternehmen, sondern Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge und Teil des staatlichen Bildungsauftrages.

a) Der Modernisierungsstopp an den Hochschulen wird beendet und die nötigen Kapazitäten für heutige und auch zukünftige Studierendengenerationen (werden) gesichert.

b) Die Studiengebühren sind sofort abzuschaffen! Für DIE LINKE.NRW gilt Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule. Keine weiteren Modelle der Studienkonten!

c) Eine Selektion nach wirtschaftlichen Interessen und „Nutzen“ ist nicht die Definition von Hochschule der Partei DIE LINKE.NRW. (...) Der Übergang mit einem Bachelor-Abschluss von Fachhochschulen zu Universitäten muss reibungslos möglich sein.

d) DIE LINKE.NRW lehnt private Hochschulen ab. Hochschulbildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Durch zusätzliche öffentliche Investitionen werden die nötigen Kapazitäten für die SchülerInnen des doppelten Abiturjahrganges bereitgestellt.

### CDU

### FDP

#### 3. Was ist vorgesehen in den Bereichen Hochschul- und Personalentwicklung:

- a) Bewältigung der Zusatzbelastungen? Stärkung der Personalstruktur im akademischen Mittelbau? Erweiterung des TV-L- und LPVG-Geltungsbereichs;
- b) Maßnahmen zum Abbau der für WissenschaftlerInnen bestehenden Nachteile;
- c) Promotionsmöglichkeiten für FH-AbsolventInnen?

a) Mit Studienbeiträgen (konnte) (...) zusätzliches Personal eingestellt werden (...) (somit gibt es) mehr Arbeitsplätze an den Hochschulen.

Zusätzliche Studierende bedeuten (...) mehr Mittel für eine (...) Verbesserung der Studien- und Arbeitsbedingungen an den Hochschulen.

b) Verweis auf Förderprogramme für die Wissenschaftskarriere von Frauen. (...) Appell an Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, Beruf und Familie vereinbar zu machen, zum Beispiel durch Telearbeit und Videokonferenzen.

c) Verweis auf Möglichkeit zur Promotion, wenn die Fachhochschulen mit Universitäten kooperieren. (...) Spezielle Promotionsstellen an FHn sind nicht möglich, da die FHn kein Promotionsrecht haben.

a) Seit dem (...) Hochschulfreiheitsgesetz verfügen die Unis und FHn in NRW über weitreichende Kompetenzen im Bereich der Finanz-, Personal- und Organisationsentscheidungen und entscheiden grundsätzlich selbst über ihren Personalbedarf. Mit dem Hochschulpakt II (...) können die Hochschulen in NRW in den kommenden zehn Jahren 3.500 neue Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter einstellen. Hinzu kommt Geld aus dem Globalbudget der Hochschulen und aus Studienbeiträgen.

b) (...) Unter unserer Regierungsbeteiligung (ist) mehr als je zuvor in die Gleichstellung an Unis und FHn investiert worden. 7,5 Millionen Euro werden es allein in diesem Jahr aus dem Strukturfonds sein. (...) Wir setzen (...) vor allem auf strukturelle Anreize, die Eigeninitiative der Hochschulen zu fördern. (...) Verweis auf Zielvereinbarungen und „Genderpreis“.

c) Keine Aussage.

#### 4. Wie wird die Lehramtsausbildung gefördert?

Das neue Lehrerausbildungsgesetz setzt (...) Maßstäbe für eine moderne und praxisnahe Ausbildung, die das Berufsbild insgesamt attraktiver machen wird.

Die Lehrerausbildung wird durch die neue Umsetzung auch für die Hochschulen zu einem wichtigen Baustein, der zu einem höheren Stellenwert innerhalb der Universität führen wird.

Um mehr Lehramtsstudenten zum Studium von Mangelfächern zu animieren, sollen Leistungsanreize im Rahmen der Stipendien-systeme oder durch Prämienmodelle geschaffen werden, deren Gelder bei Abbruch des Studiums zurückgezahlt werden müssen. Zudem wollen wir verstärkt um Migranten als Lehramtsstudenten und als außerschulische Partner werben. (...) Eine feste Quotierung ist nach unserer Auffassung jedoch nicht vonnöten. (...)

(...) Für die Reform der neuen Lehrerausbildung in NRW hat das liberal geführte Ministerium (MIWFT) von 2010 bis 2015 Mehrkosten in Höhe von 106,2 Millionen Euro berechnet. Die Liberalen in NRW wollen an dieser Förderstruktur festhalten.

#### 5. Wie geht es mit der veränderten Studienstruktur und der Studienreform weiter?

Eine staatliche Steuerung, die den Zugang zum Masterstudium durch Quotierung drastisch beschränkt, wird es mit uns auch weiterhin nicht geben.

Die Liberalen setzen sich dafür ein, dass alle Studenten, die die Voraussetzungen erfüllen und einen Masterstudiengang besuchen wollen, dies auch können. (...)

## SPD

a) (...) Schaffung von Stellen im akademischen Mittelbau und die Einrichtung von tenure tracks. (...) Dafür zusätzliche Mittel für die Hochschulen derart, dass sie nicht kapazitätswirksam werden.

Einheitliches Dienstrecht angestrebt sowie Einbeziehung (...) studentischer und wissenschaftlicher Hilfskräfte in (...) den TV-L

b) Angemessene Beteiligung am Wissenschaftsprogramm „Chancengleichheit“ des Bundes, (...) weitere Maßnahmen, zum Beispiel Wiedereinführung des Lise-Meitner-Programms. (...) „Leitbild familienfreundliche Hochschule“ zum Bestandteil der Zielvereinbarungen machen.

c) Anspruch für qualifizierte AbsolventInnen auf eine kooperative Promotion gesetzlich absichern; Unterstützung der Hochschulen, kooperative Promotionen stärker zu fördern.

Ausbau der Zielvereinbarungen dahingehend, dass Hochschulen sich stärker in der Lehrtrahmsausbildung engagieren. Wir wollen die Lehrtrahmsausbildungszentren stärken.

Gleich lange und gleich gute Ausbildung aller Lehrkräfte, Lehrtrahmsmasterplatz für jeden interessierten Absolventen eines lehrtrahmsrelevanten Bachelors.

Ausbau der Fachdidaktiken und bessere Ausstattung der Zentren für Lehrtrahmsbildung.

Sicherstellung, dass qualifizierte Studierende mit Bachelor-Abschluss (...) einen Masterstudienplatz erhalten. Erarbeitung einer Zielplanung gemeinsam mit den Hochschulen.

## BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

a) Verbesserung der personellen Ausstattung ist integraler Bestandteil des Maßnahmen-Programms zur Schaffung zusätzlicher Studienplätze, (...) insbesondere die Stärkung des Mittelbaus, sowohl an den Unis wie an FHn. Weiterer Baustein (...) (ist) der von uns geforderte Wissenschaftstarifvertrag für alle (...) Beschäftigten – von der Hochschulleitung bis zur studentischen Hilfskraft. (...) Reform des LVPG zur Stärkung der (...) Beteiligungsrechte der Beschäftigten – (unter) Einbeziehung aller Gruppen.

b) Gleichstellung von Frauen und Männern (sowie) Vereinbarkeit von Beruf und Familie an den Hochschulen sind (...) zentrale Aufgaben der Hochschulpolitik; Verweis auf Wahlprogramm.

c) Gesetzesinitiative zur Qualitätssicherung in Promotionsverfahren, darin auch eine Änderung des Hochschulgesetzes, womit Universitäten (...) zur Zusammenarbeit mit Fachhochschulen für gemeinsame Promotionsverfahren verpflichtet werden.

Die Lehrtrahmsausbildung, aber auch die Fort- und Weiterbildung (...) sind zentrale Zukunftsaufgaben, ebenso die Aufhebung der rückwärtsgewandten Orientierung an Schulformen, Erhöhung des Praxisbezugs in der Ausbildung.

Die angestrebte institutionelle Stärkung guter Lehre an den Hochschulen wird sich unmittelbar positiv auf die Lehrtrahmsausbildung auswirken.

Alle, die die Zugangsvoraussetzungen für ein Studium haben, sollen bis zum Masterabschluss studieren können.

Die Fachdidaktik ist die große Herausforderung an den Hochschulen. Hierfür müssen die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Alle, die die Zugangsvoraussetzungen für ein Studium haben, sollen auch studieren können bis zum Master-Abschluss. Damit machen wir den Numerus clausus überflüssig.

## DIE LINKE.NRW

a) Anzahl der MitarbeiterInnen an den Hochschulen steigern, um den gestiegenen Studierendenzahlen adäquate Betreuung zuzusichern. Hierbei soll es sich um versicherungspflichtige unbefristete Arbeitsverhältnisse handeln. (...) Das Lohndumping in der Besetzung von wissenschaftlichen MitarbeiterInnen muss aufhören und (es muss) eine einheitliche landesweite Tariflandschaft geschaffen werden, (...) einschließlich der studentischen Kräfte und Lehrbeauftragten.

b) Bei Neubesetzungen von Professuren bevorzugt Frauen berufen (...), (um) dauerhaft einen Anteil von mindestens 50 Prozent Professorinnen auf Landesebene zu erreichen. (Der) Ausbau der Kinderbetreuung für Beschäftigte und Studierende muss (...) den individuellen Lebensrealitäten angepasst werden.

c) Gemäß den Bologna-Kriterien (muss) ein Master, egal an welcher Hochschule erlangt, zur Promotion berechtigen.

Wir kritisieren insbesondere, dass die angehenden Lehrerinnen und Lehrer weiterhin für die einzelnen Schulformen ausgebildet werden. Vertane Chance, ein längeres gemeinsames Lernen der Kinder in den Blick zu nehmen.

Massive Kritik am „bedarfsdeckenden Unterricht“, an sogenannte Vertretungslehrerinnen und SeiteneinsteigerInnen wegen des Qualitätsverlusts in der Schule. (...)

Forderungen u.a.: Garantie auf Masterstudienplatz; zweite Phase (Praxisausbildung) wieder zwei Jahre; Betreuung und pädagogische Begleitung der LehrtrahmsanwärterInnen (...) bei allen Unterrichtsvorhaben.

Für DIE LINKE.NRW gilt, dass jede/r Studierende, der einen Bachelor erwirbt, einen rechtlichen Anspruch auf einen Masterplatz erhält – nötige Ressourcen dafür vom Land.

## Landesregierung muss deutliche Zeichen setzen!

An einigen NRW-Universitäten hatte es Modellversuche zur Umstellung der Lehramtsausbildung in Bachelor- und Masterstudiengänge (BA/MA) gegeben. Mit der Verabschiedung des Lehrerausbildungsgesetzes (LABG) am 7. Mai 2009 und der neuen Zugangsverordnung sind zum WS 2011/12 an allen Universitäten die Lehramtsstudiengänge umzustellen. Eine Herausforderung für die großen Hochschulen, wo bis zu 100 Studiengänge neu zu konzipieren sind.

Eine Akkreditierung durch externe Agenturen ist rechtzeitig vorzunehmen. Positiv an den neuen Vorgaben ist, dass der Gesetzgeber für alle Lehrämter einen sechssemestrigen Bachelor und einen viersemestrigen Master vorgegeben hat. Für die Lehramtsausbildung der Schulstufen Grund-, Haupt- und Realschule bringt dies ein Plus an Qualifikation, aber auch eine deutliche Verlängerung der Studienzzeit mit sich. Die Hochschulen – und auch die GEW – haben die verbesserte Ausbildung begrüßt, aber auch schon sehr frühzeitig auf die notwendige Ausfinanzierung dieser Reform gedrängt. Bisher ohne großes Ergebnis.

Das Wissenschaftsministerium hat eine befristete Bereitstellung von Mitteln angekün-

digt: Von 2010 an werden zunächst sieben Mio. Euro jährlich bereitgestellt; dieser Betrag wächst bis 2016 auf 22 Mio. Euro jährlich an. Gewaltig möchte man meinen, aber daraus müssen elf (!) Universitäten ihre gespiegelten Anforderungen finanzieren. Ein Teil der Summe (fünf Mio. Euro) fließt in die Zentren für Lehrerbildung, mit den anderen Mitteln ist eine Ausweitung der Fachdidaktiken zu finanzieren. Auch hier gibt es einen dringenden Stellenbedarf, der aus den Haushaltsmitteln bisher nicht zu finanzieren ist.

Mit der Umstellung der Studiengänge wächst der Anteil der Fachdidaktik. Erste Rückmeldungen der Akkreditierungsagenturen zeigen, dass hier sehr genau geprüft wird, ob die Unis die erforderlichen Kapazitäten be-

reitstellen. Mit unzureichender Unterstützung seitens der Landesregierung bleibt den Hochschulen nur die Umverteilung. Und dies in einer Situation, in der die AbsolventInnen der doppelten Abiturjahrgänge in die Universitäten drängen werden. Eine neue Landesregierung muss hier deutliche Zeichen setzen und die Ausstattung so verbessern, dass ein ordnungsgemäßes Studium garantiert werden kann.

Bernadette Stolle



**Bernadette Stolle**

Diplom-Sozialwirtin, Institut für Verbundstudien NRW, Vorsitzende der Fachgruppe Hochschule und Forschung der GEW NRW

In Münster ist Bologna schon angekommen, aber:

## Korrekturen dringend notwendig!

Seit Oktober 2005 nehmen die Universität Münster und die kooperierende Fachhochschule am Modellversuch des Landes NRW zur Erprobung von Bachelor-Master-Studiengängen in der Lehrerbildung teil. Zum Oktober 2011 werden nun die Lehramtsstudiengänge nach dem BA/MA-Grundmodell, welches das neue Lehrerausbildungsgesetz allen Hochschulen vorgibt, umgestaltet. Welche Erfahrungen mit der neuen Studienstruktur gemacht wurden, lässt sich auf drei Ebenen zusammenfassen.

### **Hochschuldidaktisch ist eine Reform der Reform erforderlich**

Unterhält man sich mit KollegInnen anderer Hochschulen mit Bologna-Studiengängen, stößt man immer wieder auf die gleichen Schlussfolgerungen: Baut die Überforderung von Studierenden und Lehrenden durch zu viele abschlussrelevante Prüfungen und zu hohe Präsenzstudienzeiten ab! Stellt auf wenige Modulabschlussprüfungen um und schafft generelle Teilnahmeverpflichtungen an Lehrveranstaltungen ab! In Münster geht man jetzt konsequent diesen Weg.

### **Die zweistufige Struktur ist für die Lehrerbildung keine Verbesserung**

Viele lehramtsbezogene Bachelorstudiengänge sind nicht polyvalent (besonders

im Bereich der Grundschule und der Sekundarstufe I); praktisch bieten sie nur eine Fortsetzung in Studiengängen zum Master of Education: Auch das neue Lehrerausbildungsgesetz (LABG) hat hier keine befriedigende Lösung.

Alle inhaltlich gebotenen Maßnahmen zur Professionalisierung der Lehrerbildung (Stärkung der Fachdidaktiken, Theorie-Praxis-Verzahnung; Kompetenzorientierung) hätte man auch ohne die Bachelor-Master-Struktur erreichen können. Dies ist ein überregionales Grundsatzproblem.

### **Selbstständiges forschendes Lernen gehört wieder in den Mittelpunkt**

Gerät die Bologna-Reform zu stark in die Hände von Arbeitsmarkt-, Verwaltungs- und IT-

Experten droht ein hermetisch vorstrukturiertes Studium. Durch realistischere Kalkulationen der studentischen Arbeitsbelastungen, mehr Spielräume für die Auswahl von Studieninhalten sowie mehr Selbstorganisation in der Gestaltung forschenden Lernens macht man sich in Münster 200 Jahre nach Humboldts Universitätsreform in Berlin auf den Weg, die deutsche Variante der Bologna-Reform zu korrigieren.

Hans-Joachim von Olberg



**Hans-Joachim von Olberg**  
Studiendekan des Fachbereichs Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

## Auf immer Nachwuchs?

Wie wird man eigentlich Berufswissenschaftlerin oder -wissenschaftler? Wer sich für sein Studienfach interessiert und für wissenschaftliches Arbeiten begeistern kann, wird sich diese Frage sicherlich früher oder später stellen – vielleicht ermutigt auch die BetreuerIn der Abschlussarbeit zur anschließenden Promotion. Aber welche beruflichen Möglichkeiten und Bedingungen finden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler heute vor – nach den enormen Veränderungen der der Hochschulen in den letzten zehn Jahren?

Bisher war die Promotion meist eine Arbeit in Einsamkeit und Freiheit. Der oder die DoktorandIn war ohne Alternative auf den Doktorvater – selten die Doktor Mutter – angewiesen, der die Arbeit betreute (oder auch nicht), am Ende bewertete und für den als Arbeitgeber Lehre und Forschungsprojekte erledigt werden mussten.

In dieser Arbeit verausgabten sich die DoktorandInnen mehr und mehr, mit zunehmender Drittmittelfinanzierung der Forschung und Überlastung der Lehre – und das bei immer weniger bezahlten Wochenstunden und immer kürzeren Laufzeiten in ihren Arbeitsverträgen. Ob und wann sie in ihrer Freizeit ihre Dissertation bearbeiteten, spielte für dieses System keine Rolle, viele Arbeiten wurden so nie beendet. Im Ausgleich hatten Promovierende oft viele Freiheiten, sammelten Erfahrung in „echter“ Lehre und Forschung.

### Die Graduiertenschule

Diesen Weg zur Promotion gibt es weiterhin, aber zunehmend dominiert ein neues Ideal die Diskussion: die Graduiertenschule. Eine stärker strukturierte Promotion soll mit Teambetreuung, klaren Planungen und Zielvereinbarungen, fachlichen Seminaren und der Vermittlung von „Schlüsselqualifikationen“ dafür sorgen, dass die Promotionen häufiger und früher abgeschlossen werden und die KandidatInnen breiter qualifiziert sind. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft fördert hunderte Graduiertenkollegs, kaum ein Exzellenznetzwerk ist ohne angebundene Graduiertenschule denkbar und fast jede Universität schmückt sich mit einem Graduiertenzentrum. Gut gemeint ist hier aber lei-

der oft nicht gut gemacht: In den zum Teil stark verschulden Strukturen verlieren die Promovierenden die Unabhängigkeit ihrer Forschung und das praxisnahe Training „on the job“, ohne dabei gezielter gefördert zu werden. Aus ihnen werden dann seltener ProfessorInnen als aus den wissenschaftlichen MitarbeiterInnen in Lehre und Forschung.

### Juniorprofessuren

Auf der nächsten Stufe der wissenschaftlichen Karriereleiter bietet sich dasselbe ambivalente Bild: die Einrichtung der Juniorprofessuren sollte den PostdoktorandInnen frühere Unabhängigkeit geben, brachte aber eine deutliche Erhöhung der Belastungen und Erwartungen mit sich, und selbst zusammen mit den zum Teil renommierten Posten als Nachwuchsgruppenleitung gleichen die neuen Möglichkeiten nicht den gleichzeitigen Abbau der früheren Assistentenstellen aus, die zur Habilitation genutzt werden konnten. Auch hier findet man immer kürzere Projektlaufzeiten für „Postdocs“, die ebenso wie Promovierende oft mit Stipendien abgespeist werden, die alle sozialen (Ver-)Sicherungen normaler Arbeitsverträge vermissen lassen.

### Kaum sichere Arbeitsperspektiven

Das Bild der wissenschaftlichen Karriereleiter kennt in Deutschland nur ein Ziel, welches nur die Minderheit erreichen kann: die Lebenszeitprofessur. Andere Möglichkeiten sicherer Arbeitsperspektiven gibt es nur selten. Und die in den 1970er Jahren stark ausgebauten Hochschulen sind gerade dabei, eine ganze Generation von nun emeri-

tierten „Bildungsexpansionsprofs“ durch eine neue Generation der Mittvierziger zu ersetzen, die erneut zwanzig Jahre lang die Professuren besetzen. Das neue „Wissenschaftszeitvertragsgesetz“ erlaubt nun, in Drittmittelforschungsprojekten lebenslanglich befristete Anstellungen zu finden – aber wie attraktiv ist dieses Lotteriespiel? Kein Wunder, dass sich viele spätestens nach der Promotion wegorientieren – nur dass in Deutschland kaum jemand die Möglichkeit erhält, in die Wissenschaft zurückzukehren, ob nach einer Kinderpause oder nach außerwissenschaftlicher Berufstätigkeit.

Für den oder die Einzelne stellt sich unter diesen Umständen die Frage, ob die Wissenschaft eine attraktive Berufsoption darstellt. Dass der Bereich im Vergleich zu anderen Akademikerarbeitsmärkten oder anderen Ländern an Attraktivität verloren hat, sieht auch die Politik, und versucht mit Förderprogrammen oder auch der stärkeren Vergabe von Stellen statt Stipendien gegenzusteuern. Ob das ausreicht, um dem absehbaren ForscherInnenmangel in Europa zu begegnen, ist nicht abzusehen.

Seit einigen Jahren gibt es bei der GEW eine Projektgruppe DoktorandInnen, in der Promovierende die Reformansätze durch Positionierungen und Publikationen begleiten, beispielsweise mit dem „GEW-Handbuch Promovieren“, das Hilfestellungen zur Promotion enthält und einem Positionspapier zum Aufbau von Graduiertenzentren. Wir unterstützen den Aufbau von regionalen Promovierendengruppen mit Rat und Tat und veranstalten bundesweit Seminare zur Hochschulpolitik wie auch zu konkreten Fragen der Promotionsphase.

### Kontaktmöglichkeiten und weitere Informationen finden sich online unter:

[http://www.wissenschaft.gew.de/ProG\\_DoktorandInnen.html](http://www.wissenschaft.gew.de/ProG_DoktorandInnen.html)

Johannes Moes



Johannes Moes

Hochschulberater bei der HIS Hochschul-Informationssystem GmbH in Hannover, seit 2003 Sprecher der GEW-Projektgruppe DoktorandInnen

## Rent a Student

Mit der eindeutigen Absicht, politischen Druck aus der Bildungsstreikbewegung zu nehmen, hat die Bundesregierung eine BAföG-Erhöpfung versprochen. Diese ist allerdings so knapp bemessen, dass sie gerade mal die Preissteigerung der letzten Jahre ausgleicht und damit definitiv keine soziale Erweiterung des Hochschulzugangs bewirken kann.

Auf der Verbändeanhörung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) am 26. Februar 2010 forderte daher Dr. Andreas Keller, in der GEW verantwortlich für den Bereich Hochschule und Forschung, eine Anhebung der Elternfreibeträge und der Fördersatzes um mindestens zehn Prozent.

Und er wies auf eine weitere Disproportion hin: Für die BAföG-Erhöpfung sind im Haushalt lediglich 350 Millionen Euro vorgesehen, während für ein neuartiges „nationales Stipendienprogramm“ ab dem Wintersemester 2010/ 2011 bereits 600 Millionen von Bund und Ländern je zur Hälfte mobilisiert werden sollen.

### Veränderte Studienfinanzierung steht im Zeichen der Privatisierung von Bildung

Diese Disproportion ist kein Zufall, sondern programmatische Absicht einer Veränderung der Studienfinanzierungssystematik unter „Schwarz-Gelb“, die im Zeichen der weiteren Privatisierung von Bildung und Wissenschaft steht. Das Bundesstipendienprogramm ist die annähernde 1:1-Übernahme einer Idee von Andreas Pinkwart, mit der bereits im Wintersemester 2009/10 1.400 Stipendiaten an NRW-Hochschulen gefördert werden. Sogenannte leistungsstarke Studierende erhalten pro Monat ein Stipendium in der Höhe von 300 Euro. Das Land finanziert davon allerdings nur die Hälfte unter der Voraussetzung, dass die Hochschulen für die verbleibenden 150 Euro einen privaten Sponsor anwerben. Es handelt sich dabei also um ein „private-public-partnership“- (ppp)-Modell, welches in allen Varianten dieser Finanzierungsform mit dem Effekt verbunden ist, dass der staatliche Finanzierungsanteil privaten Interessen den Zugriff auf eine öffentliche, d.h. aus Steuern finanzierte Infrastruktur erschließt.

Der Einfluss von Parlament, Politik und Öffentlichkeit auf öffentlich verfasste Wissenschaft nimmt im gleichen Verhältnis ab. Das ist keine Vermutung, sondern erklärte Absicht des NRW-Wissenschaftsministeriums, welches das Programm auf seiner Homepage etwa mit solchen Sätzen bewirbt: „Private Geldgeber entscheiden mit, welche Studiengänge sie fördern möchten.“

Aus diese Weise lassen sich natürlich auch effizient Nachwuchskräfte für das jeweilige Unternehmen rekrutieren und mit dessen Belangen in Übereinstimmung bringen, wofür ein besonderer Pfiff des Programms bürgt: Das Stipendium wird immer nur für zwei Semester befristet vergeben. Die Weiterförderung ist von einer „Eignungs- und Leistungsüberprüfung“ abhängig. Damit wird wissenschaftliches Lernen nahezu vollends dem Tauschprinzip im Sinne einer „Gegenleistung“ für den Sponsoren unterworfen. Wer auf das Geld angewiesen ist, vermeidet tunlichst, im Studium eigene Interessen oder gar wissenschaftliche Gedanken jenseits des von ihm/ihr „Erwarteten“ zu entwickeln.

Gegenwärtig liegt die Gefördertenquote an NRW-Hochschulen nur bei 0,5 Prozent aller Studierenden. Langfristig soll sie aber auf Bundes- und Landesebene auf zehn Prozent gesteigert werden. Die Folgen kann man sich ausmalen. *Torsten Bultmann*



**Torsten Bultmann**  
Geschäftsführer des BdWi in Bonn und Mitglied im Fachgruppenausschuss Hochschule und Forschung der GEW NRW



**Helmut Schrey**  
**Universitäten im Zangengriff**  
Überlegungen zu einem längst fälligen Paradigmenwechsel

93 S., ISBN 978-3-940251-61-9, 9,90 Euro, UVRR Universitätsverlag Rhein-Ruhr, Duisburg

Helmut Schrey, em. Professor für Anglistik und von 1972-75 Gründungsrektor der Gesamthochschule Duisburg, heute Universität Duisburg-Essen, fragt in seiner Streitschrift „Universitäten im Zangengriff eines unglaublich gewordenen Wirtschaftsliberalismus“, wie es heute um das unter neoliberalen Vorzeichen durchgreifend ökonomisierte Hochschulwesen bestellt ist.



**Ulrike Haß, Nikolaus Müller-Schöll (Hg.)**  
**Was ist eine Universität?**

Schlaglichter auf eine ruinierte Institution

156 S., 12,80 Euro, ISBN 978-3-89942-907-7, 2008, transcript-Verlag, Bielefeld

Unter dem Vorzeichen „Reform“ wurden die Hochschulen einer fundamentalen Umstrukturierung unterworfen. Die Prinzipien der Hochschulautonomie, der Wissenschaftsfreiheit und einer Bildung, die mehr ist als Ausbildung, wurden dabei ausgehöhlt. Was ist aus den Universitäten geworden, wie behaupten sie ihren Anspruch gegenüber den aktuellen Forderungen nach Effizienz und Exzellenz? Auf diese Fragen antworten die Beiträge in diesem Band.



**Anja Neundorf u.a.**  
**Hochschulen im Wettbewerb**  
Innenansichten über die Herausforderungen des deutschen Hochschulsystems

233 S., 14,80 Euro, ISBN 978-3-8012-0398-6, 2009, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn

18 junge ExpertInnen, die gerade ihr Studium beendet haben, diskutieren als Beteiligte und Betroffene den Bologna-Prozess, sie analysieren Chancen und kritisieren Defizite des Umgestaltungsprozesses, der einen einheitlichen europäischen Hochschulraum schaffen soll.